

Postfax



No 6
Mai 1997

Bulletin d'information
du Syndicat des P&T
b.p. 623 L-2016 Luxembourg

An dëser Nummer:

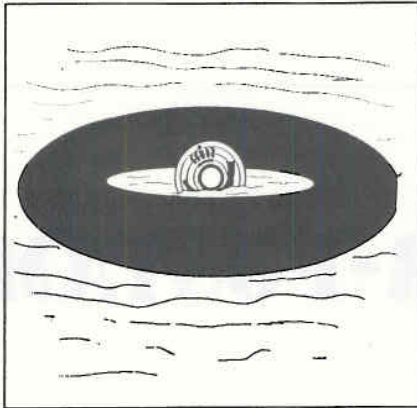
- Ausländische Fachleute müssen P&T retten
- Roboter-Postamt
- Personalpolitik
- Kurznachrichten
- Überhöhte Pensionsbeiträge
- Telekommunikationsgesetz
- Fin des monopoles
- Auslandsnachrichten
- Charta des Postsyndikats
- Géckeg Knippchen

ROBOTER-POSTAMT



POSTAMT OHNE BEAMTE

Ausländische Fachleute müssen das luxemburgische P&T-Unternehmen retten!



So klar und deutlich steht dies zwar nicht in dem neuen Telekommunikationsgesetz vom 21. März 1997; so lässt es sich aber leicht zwischen den Zeilen herauslesen.

Artikel 70 des besagten Telekommunikationsgesetzes gibt dem P&T-Direktionskomitee die Möglichkeit, nach Bedarf, Fachleute die eine spezielle Ausbildung, oder eine ausserhalb des P&T-Unternehmens erworbene, aussergewöhnliche Berufserfahrung im Post- oder

Telekommunikationsbereich vorweisen können, als Privatbeamte des P&T-Unternehmens einzustellen.

In der gegenwärtigen Lage, argumentiert das Direktionskomitee, braucht das P&T-Unternehmen Spezialisten mit aussergewöhnlichem "Know-How" um im Konkurrenzkampf überleben zu können.

Im Klartext heisst dies, dass das Direktionskomitee sich nicht zutraut, ohne fremde Hilfe, das Unternehmen auf Erfolgskurs zu halten.

Die gewünschten Fachkräfte sind aber, laut Begründung zum Telekommunikationsgesetz, so umworben, dass sie von vorne weg nicht an einem öffentlich-rechtlichen Statut interessiert sind. Das heisst, dass man für ein Staatsbeamtengehalt solche Spezialisten auf dem Arbeitsmarkt überhaupt nicht findet.

Also bietet man einen privaten Statut an, mit frei auszuhandelnden Gehältern; exorbitante monatliche Forderungen mit sechsstelligen Summen im oberen Bereich sind da wohl schon vorprogrammiert.

Da sich ausserhalb des P&T-Unternehmens kaum luxemburgische Spezialisten mit der gewünschten aussergewöhnlichen Berufserfahrung im Post und Telekommunikationsbereich finden werden, darf der Pass keine Rolle spielen. So hat die Obrigkeit auch bereits einige ausländische Fachleute im Visier.

Problematisch wird es allerdings, wenn es darum geht die neuen Kräfte zu assimilieren und zu integrieren. Diese Spezialisten lassen sich kaum zum einfachen Befehlsempfänger des Direktionskomitees degradieren; sie werden Vollmachten beanspruchen. Aber gerade in diesem Bereich hat sich das Direktionskomitee bis jetzt sehr schwer getan und wird auch kaum in Zukunft bereit sein Kompetenzen abzugeben.

Mitglied des Direktionskomitees können diese Fachkräfte (bis jetzt) nicht werden, da diese Mitgliedschaft laut P&T-Gesetz vom 10 August 1992 dem Generaldirektor, den beiden beigeordneten Generaldirektoren und den beiden Direktoren, allesamt mit Staatsbeamtenstatut, vorbehalten sind. Sofern keiner dieser Generaldirektoren und Direktoren gedenkt seine Stelle aufzugeben, steht also kein Posten im P&T-Direktionskomitee zur Verfügung. Daran wird sich auch kaum etwas ändern wenn der Verwaltungsrat des Unternehmens nächstes Jahr das Direktionskomitee neu bestimmen muss.

Die Spezialisten werden sich also damit trösten müssen mehr als das Dreifache ihrer Vorgesetzten des Direktionskomitees zu verdienen.

Raymond Hencks



ROBOTER-POSTAMT

In der Auchan-Einkaufsgalerie ist ein vollkommen neues Postamt entstanden.

Besonderheit: Es ist ein

POSTAMT OHNE BEAMTE

ROBOTER-POSTAMT

Der sogenannte "Espace P&T" der Einkaufsgalerie "Auchan" ist ausschliesslich mit Automaten ausgerüstet: ein vollautomatisiertes Dienstleistungsangebot. Neben Briefmarken- Geld- und Geldwechselautomaten findet der Kunde einen Telekartenverteiler, ein Internet-terminal (in Planung), und ein LSA-Gerät.



Bei diesem LSA-Gerät handelt es sich um einen Apparat der Portovignetten (anstatt Briefmarken) ausgibt, wobei eine integrierte Briefwaage eingebaut ist mit der man die Postsendungen abwiegen kann und die den Frankierpreis gleich angibt.

Wenn sich dieses Pilotprojekt bewähren sollte, werden laut P&T-Direktionskomitee noch weitere solcher Roboterpostämter eingerichtet werden.

Der persönliche Service und die Kommunikation mit dem Kunden, stets das Markenzeichen der Post, bleiben auf der Strecke.

Automaten sind eben auf Dauer billiger als menschliche Arbeit! Dass dabei die Qualität der Dienstleistungen auf den Nullpunkt sinkt und, dass dabei Arbeitsplätze abgeschafft werden, stört im P&T-Direktionskomitee anscheinend niemanden. Andere Institutionen legen da mehr Wert auf persönliche Betreuung! So hat z.B. die Sparkasse in derselben Einkaufsgalerie sich nicht auf ein Aufstellen von Geldautomaten beschränkt, sondern eine ansprechende Zweigstelle mit "richtigen" Schalterbeamten eingerichtet.

Um dem Roboterpostamt doch noch einen kleinen Hauch Menschlichkeit zu vermitteln, und um die menschliche Relation zwischen dem Kunden und der Post wenigstens bildlich herzustellen, sollte man die Wand über den Automaten mit einer Photographie des Post-Direktionskomitees auszuschnücken.





Personalpolitik

Direktionskomitee

verweigert absolut nötige Neueinstellungen

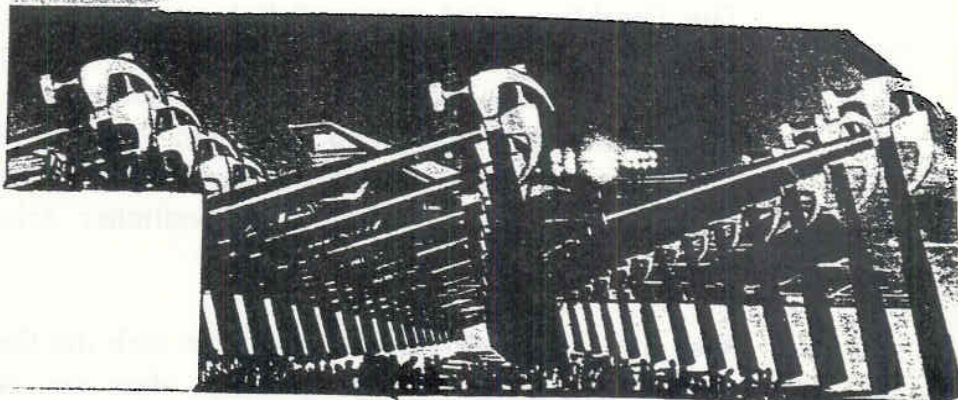
Dass das P&T-Unternehmen zusätzliches Personal braucht, steht ausser Frage. Um aber die Personalkosten nicht zu erhöhen versucht das Direktionskomitee, neben anderen zweifelhaften Methoden wie der Rückgriff auf Leiharbeiter, mit Hilfe von Postenkonversionen über die Runden zu kommen.

Demnach sollen 22 zeitweilig vakante Posten in den verschiedensten Laufbahnen durch Posten für höhere Laufbahnen, vor allem Universitätsabgänger ersetzt werden. Dabei wird die Arbeit, die auf den abgeschafften Posten geleistet wurde, auf andere Kollegen umverteilt.

Mit dieser Methode kann man aber den akuten Personalmangel nicht lösen. Die Umverteilung geht notgedrungen auf Kosten der Arbeitsbedingungen und der Qualität der Dienstleistungen.

Im Rahmen der vorgeschlagenen Postenkonversionen stellen sich aber eine ganze Reihe Fragen der Personalpolitik, die vorerst geklärt werden müssen.

Da das Direktionskomitee sich beharrlich weigert auf diese Fragen einzugehen, haben das Postsyndikat und die FSFL sich direkt an die Postministerin gewandt.



Schreiben von Postsyndikat und FSFL an Kommunikationsministerin:

Das P&T-Unternehmen muss einen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit leisten

In Briefen an das Direktionskomitee des P&T-Unternehmens und an Kommunikationsministerin Mady Delvaux-Stehres haben das Postsyndikat und die FSFL Stellung zu dem von der Direktion für 1997 geplanten Personalabbau durch Postenkonversionen bezogen. Dabei haben sie besonders auf die moralische Verpflichtung des öffentlichen Unternehmens P&T hingewiesen, in Zeiten der massiven Arbeitslosigkeit neue Arbeitsplätze zu schaffen, statt Arbeitsplätze zu vernichten.

Es genügt nicht nur, immer wieder über die Notwendigkeit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu lamentieren, heisst es in diesem Schreiben an die zuständige Ministerin. Man müsse auch aktiv etwas dazu beitragen. Freilich sei festzustellen, dass die Direktion des P&T-Unternehmens ihre soziale Verantwortung nicht wahrnehme.

Postsyndikat und FSFL erinnern daran, dass sie zusammen mit der Regierung am 11. Mai 1994 vereinbart hatten, die notwendigen Mittel freizumachen, um zusätzliches Personal im P&T-Unternehmen einzustellen.

Das Direktionskomitee jedoch wandte sich gegen diese Initiative und befolgte die Regierungsanweisungen nur zum Teil. Statt 93 neue Posten zu schaffen, wurden nur 14 Arbeiter und 10 "expéditionnaires techniques" eingestellt. Ein Jahr später wurden die letztgenannten Posten wieder abgeschafft, indem sie in Posten der oberen Laufbahn umgewandelt wurden (Konversion).

Auch die Vereinbarung, wonach die Direktion künftig darauf verzichten werde, auf Leihfirmen zurückzugreifen, wurde nicht eingehalten.

Die Direktion wird nun natürlich versuchen, ihre unsoziale Politik mit Hinweis auf wirtschaftliche Erwägungen zu rechtfertigen. Hierzu muss allerdings gesagt werden, dass das Unternehmen derzeit ausserstande ist, die anfallenden Aufgaben mit dem jetzigen Personal zu bewältigen, ansonsten ja nicht auf offene oder verschleierte Art auf Leiharbeit im Rahmen der "mise au travail" jugendlicher Arbeitsloser zurückgegriffen würde.

Was die Leiharbeit betrifft, so hatten sich die Gewerkschaftsvertreter mit dem Unternehmen darauf geeinigt, dass sie definitiv zum 31.12.1997 abgeschafft werden sollte. Es steht nun allerdings zu befürchten, dass nach diesem Datum lediglich der Begriff "Leiharbeit" aus dem Wortschatz des

Unternehmens gestrichen wird, nicht jedoch die **Praktiken** selbst. Die Leiharbeit wird dann einfach umgetauft, und statt "*sous-traitance*" heisst dies dann "*contracts*" oder "*marchés*".

P&T als Komplize des Sozialdumpings

Es ist auch gewusst, dass die Leihfirmen oftmals illegal handeln, so dass ein öffentliches Unternehmen wie die Post, die sich auf solche Praktiken einlässt, ebenfalls gegen das Gesetz handelt, wenn sie sich zum Komplizen von Sozialdumping oder der exzessiven Ausbeutung der betroffenen Erwerbstätigen macht.

Was die provisorische Einstellung jugendlicher Arbeitsloser betrifft, so geht es darum, diese jungen Leute gratis und für begrenzte Zeit einem Unternehmen zur Verfügung zu stellen, dies mit der Absicht, sie später fest einzustellen. Hier übernimmt der Staat (der Arbeitslosenfonds) die Lohn- und Lohnnebenkosten. Es ist aber nicht im Sinne des Gesetzgebers, den Firmen auf Dauer billige bzw. kostenlose Arbeitskräfte bereitzustellen, die jederzeit ausgewechselt werden, wenn der jeweilige Vertrag ausgelaufen ist.

Postsyndikat und FSFL plädieren nicht für einen nationalen Arbeitseinsatz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Sie sind allerdings der Meinung, dass die P&T als finanziell gutgehendes öffentliches Unternehmen eine soziale Verantwortung hat und deshalb zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beitragen muss. Dies bezieht sich auch auf die Qualität der Arbeitsplätze. Selbst wenn Firmen wie "Man-Power" Arbeitsplätze schaffen, so handelt es sich dabei im wesentlichen um prekäre und schlechtbezahlte Stellen, die meist an Nichtluxemburger vergeben werden, und dies zur Freude und zum Profit nichtluxemburgischer Firmen.

Postsyndikat und FSFL sind der Ansicht, dass ein Inventar des Personalbestandes ergeben muss, wieviel Personal wirklich nötig ist damit die P&T gut funktionieren.

Dieses Inventar muss das gesamte Personal, die privatrechtlichen Beschäftigten, die jungen Arbeitslosen und ehemalige DAC-Arbeiter betreffen, die dauerhaft während des Jahres 1996 für die P&T arbeiteten.

Ausserdem sollte ein solches Inventar die 1996 geleisteten Arbeitsstunden inklusive der Überstunden und der nicht gewährten Urlaubstage berücksichtigen - Angaben, die das Direktionskomitee bisher freilich verweigert.

Schliesslich wird Frau Delvaux um eine Unterredung gebeten, während der, Postsyndikat und FSFL ihr ihre Vorschläge unterbreiten wollen.



Kurznachrichten

Gewinnbeteiligung des P&T-Personals

In seiner Sitzung vom 28. Februar 1997 hat der Regierungsrat eine Beteiligung des P&T-Personals am Gewinn des Unternehmens auf der Grundlage eines Bewertungsverfahrens für weitere drei Jahre genehmigt.

Die genauen Ausführbestimmungen müssen noch zwischen den Vertretern des P&T-Verwaltungsrates und den Vertretern der Gewerkschaften ausgehandelt werden.

Die Interessen der Mitglieder des Postsyndikats werden in diesem Gremium durch den Präsidenten Jean-Marie Heyder vertreten.



Abschaffung von 3 Feiertagen

Bezugnehmend auf die Neuregelung im Bankensektor möchte das P&T-Unternehmen die Feiertage des

*Fastnachtmontag
Kirmesmontag und
Allerseelen*

in gewöhnliche Arbeitstage umwandeln. Da diese drei Tage nicht zu den gesetzlichen Feiertagen gehören, genügt hierzu eine Änderung des betreffenden grossherzoglichen Reglements vom 22.08.85.

In seinem Schreiben an die Gewerkschaften hat das Direktionskomitee sich darauf beschränkt festzuhalten, dass im Bankensektor die Abschaffung dieser 3 Feiertage mit einer Erhöhung der Urlaubstage ausgeglichen wird.

Das Postsyndikat konnte sich natürlich nicht mit solch einer unklaren und flauen Andeutung zufrieden geben, dies umso mehr als die Post nicht unbedingt mit einer Bank zu vergleichen ist und die geplante Abschaffung der genannten Feiertage bei P&T mehrere Fragen aufwirft.

Deshalb hat das Postsyndikat um folgende Informationen gebeten bevor es eine

Stellungnahme abgibt:

.....il nous faudra, avant de pouvoir nous prononcer, connaître certains détails, notamment les compensations à accorder, les conditions d'allocation et d'écoulement de ces compensations, les répercussions pour la prime d'astreinte et pour le régime de l'horaire mobile.

Eine Antwort steht noch aus. Klar ist jedoch, dass es unumgänglich sein wird die Interessen der Kunden in die Überlegungen miteinzubeziehen und eine Lösung im Sinne der Kunden, des Unternehmens und des Personals zu finden.



Rekursinstanz

In seinem Urteil vom 20.12.96 betreffend ein Disziplinarverfahren gegen einen Postbeamten, hat der Staatsrat festgestellt, dass das Direktionskomitee des P&T-Unternehmens nicht als erste Rekursinstanz gelten kann, da alle von einzelnen Mitgliedern des Komitees ausgesprochene Strafen, stellvertretend für das gesamte Direktionskomitee verhängt werden.

Da der Staatsrat zur gleichen Zeit festhielt, dass das Postgesetz dem zuständigen Ressortminister auch keine Kompetenzen als Rekursinstanz anerkennt, bleibt dem Postpersonal nur noch das neu geschaffene "tribunal administratif" als **erste und letzte** Rekursinstanz.

Da dies nicht im Einklang ist mit Artikel 24 des P&T-Gesetzes, der den Postbeamten ausdrücklich alle im Beamtenstatut verankerten Rekursinstanzen zugesteht, hat das Postsyndikat die Postministerin gebeten mit einer Gesetzesänderung Klarheit zu schaffen und den Ressortminister als erste Rekursinstanz zu bestimmen.

In ihrem Antwortschreiben vom 12. Februar teilte uns die Postministerin folgendes mit:

"En ce qui concerne le droit de recours des agents de l'entreprise des P&T contre des décisions administratives du Comité de Direction, je me permets de vous renvoyer à la loi du 7 novembre 1996 portant réorganisation des juridictions de l'ordre administratif.

Les dispositions de cette loi garantissent à tous les agents des P&T une procédure de recours transparente et non discriminatoire devant une instance indépendante et impartiale."

Damit ist uns aber nicht geholfen! Nach wie vor können also alle anderen Staatsbeamten sich, im Falle einer Disziplinarstrafe, in erster Instanz an den Ressortminister wenden; die Beamten des P&T-Unternehmens aber müssen direkt vor Gericht Einspruch erheben .

Parlamentarische Anfrage



Überhöhte Pensionsbeiträge für das P&T-Personal

Im Postfax Nr 5 (Januar 97) hat das Postsyndikat auf die überhöhten Pensionsbeiträge für das P&T-Personal hingewiesen. Demnach sind bis zum 31.12.96 über 223 Millionen zuviel an die Staatskasse überwiesen worden.

Dies hat den LSAP-Deputierten Jean SCHILTZ veranlasst in einer parlamentarischen Anfrage an Postministerin Mady Delvaux-Stehres folgende Fragen aufzuwerfen:

D'après le bulletin d'information du Syndicat des P&T (Postfax/janvier 97), les cotisations pour pensions versées par et pour le compte des agents des P&T tombant sous le régime de la Fonction publique se chiffrent actuellement à 30 % de la masse salariale, alors que le maximum "légal" n'est que de 24 %.

Selon le même Syndicat, les versements de trop, chiffrés à quelques 200 millions par an, résultent de l'application du règlement grand-ducal du 11 février 1993 concernant les modalités de calcul du montant compensatoire à verser à l'Etat par l'entreprise des postes et télécommunications en guise de participation aux pensions de retraite de son personnel tombant sous le régime de la Fonction publique, règlement grand-ducal qui n'a pas été adapté à la nouvelle situation issue de la loi du 8 janvier 1996 modifiant et complétant la loi modifiée du 29 juillet 1988 portant modification et nouvelle coordination de la loi modifiée du 26 mai 1954 réglant les pensions des fonctionnaires de l'Etat.

Le Syndicat des P&T propose de redresser la situation et d'en profiter pour créer des nouveaux emplois auprès des P&T. Ce faisant l'Entreprise des P&T pourrait:

*diminuer la pénurie de personnel auprès des P&T;
réduire le recours à des firmes étrangères dans le cadre de la sous-traitance;
offrir des emplois à des chômeurs luxembourgeois,
sans que pour autant les charges sociales de ladite Entreprise n'augmentent.*

*J'aimerais savoir si Madame la Ministre
peut confirmer les paiements indus;
en cas de réponse affirmative, quand et comment la situation sera redressée;
quel est l'envergure de la sous-traitance auprès des P&T;
quelles suites seront réservées à la proposition de créer des nouveaux emplois
auprès des P&T ?*

In der Zwischenzeit hat die Regierung beschlossen die Pensionsbeiträge zu reduzieren. Unbeantwortet bleiben aber nach wie vor die beiden letzten Fragen.



TELEKOMMUNIKATIONSGESETZ

Sommaire

TELECOMMUNICATIONS

Loi du 21 mars 1997 sur les télécommunications page 761

Am 28.März, einen Tag nach seiner Veröffentlichung im Mémorial, ist das neue Telekommunikationsgesetz vom 21.März 1997 in Kraft getreten.

Es wurde aber auch höchste Zeit!

Durch dieses neue Gesetz wird (hoffentlich) der wilden, ungesetzmässigen Konkurrenz und deren unlauteren Praxen endlich ein Ende gesetzt.

Die Auswirkungen des neuen Gesetzes sind aber zu diesem Zeitpunkt nur teilweise absehbar; die für Anfang dieses Jahres angekündigten Ausführbestimmungen liegen noch nicht vor.



Präsidentin Lydia Mutsch im Gespräch mit den Vertretern des Postsyndikats J.M. Heyder und R.Hencks

Zum Vorteil des P&T-Unternehmens ist das neue Gesetz sicherlich nicht. Obwohl die "Commission des Communications et de l'Informatique" und vor allem deren Präsidentin, die Deputierte Lydia Mutsch, mit viel Eifer und Kompetenz zu Werke gingen und sich redlich mühten den Anliegen des Postsyndikates Rechnung zu tragen, bleiben wir der Meinung, dass das neue Gesetz das P&T-Unternehmen benachteiligt.

Vor allem ist es folgender Artikel 18 betreffend den Universaldienst, der Anlass zu Kritik gibt:

Art. 18. (1) Lorsque le service universel défini conformément au règlement grand-ducal prévu à l'article 17 ne peut pas être assuré de manière suffisante ou appropriée, l'Institut organise un appel d'offres pour l'exécution des obligations de service universel. La procédure d'appel d'offres de service universel sera déterminée par le ministre, sur proposition de l'Institut. La mission d'exécuter les obligations de service universel sera confiée à l'opérateur qui démontre la meilleure aptitude à les exécuter.

(2) Lorsque par suite de l'appel d'offres la réalisation du service universel n'a pu être attribuée à un opérateur, le ministre peut imposer à toute entreprise qui réalise plus de vingt-cinq pour cent du chiffre d'affaires du marché pour le service en question l'obligation de contribuer à l'exécution du service universel.

(3) Au cas où deux opérateurs ou plus contrôlent plus de vingt-cinq pour cent du marché en question, le ministre décide, sur avis de l'Institut qui consulte les opérateurs concernés, s'il convient d'imposer le respect des obligations de service universel à tous les opérateurs visés au paragraphe (2) ou seulement à un ou certains d'entre eux. Le respect des obligations de service universel ne pourra en aucun cas placer le ou les opérateurs qui y sont tenus dans une situation concurrentielle désavantageuse par rapport aux autres opérateurs.

(4) Chaque opérateur qui est tenu d'exécuter des obligations de service universel en application des paragraphes (2) ou (3) peut bénéficier d'une compensation financière conformément à l'article 19.

Der 4. Abschnitt des Artikel 18 hält also fest, dass nur Unternehmen die gemäss Abschnitt 2 und 3 gezwungen wurden den Universaldienst auszuführen, Anspruch auf finanzielle Unterstützung erheben können.

Da aber, aller Wahrscheinlichkeit nach das P&T-Unternehmen die Ausführung des Universaldienstes gemäss Abschnitt 1 zugesprochen bekommt, wird P&T ein Defizit selbst übernehmen müssen.

Während also das P&T-Unternehmen viel Zeit und Energie dieser "Aufgabe ohne Gewinnzweck" widmet, sahnt die Konkurrenz ab.....in lukrativeren Bereichen.

Zu allem Überflus wird des P&T-Unternehmen - mit dem grössten Marktanteil (ob lukrativ oder nicht spielt da keine Rolle)- auch noch am meisten zu Kasse gebeten werden um das neugeschaffene "Institut luxembourgeois des Télécommunications" zu finanzieren.

Télécommunications



Fin des monopoles

L'accord de libéralisation du marché de télécommunications conclu le 15 février par les représentants de 68 pays (dont le Luxembourg représenté par le secrétaire d'Etat G. Wohlfart) réunis à Genève dans le cadre de l'Organisation mondiale du commerce (OMC) a généré une vague d'euphorie sans précédents. C'est bien simple: on n'avait pas assisté à un tel dégoulinement d'optimisme depuis la conclusion des accords GATT en 1994. C'est que l'accord permettra une ouverture presque totale des marchés nationaux à la concurrence. En réalité, il ne fera que satisfaire l'appétit des grands groupes - notamment américains- au détriment des citoyens, de l'emploi et... des consommateurs.

Désormais les opérateurs de tous les pays seront unis dans une même lutte perpétuelle et féroce pour la conquête d'un gâteau planétaire qui avoisinera les 1200 milliards de dollars en l'an 2000.

"Fini les monopoles publics coûteux pour le consommateur" jubilent les néo-libéraux.

Si l'OMC a tant poussé pour que les négociations sur les télécommunications de base (téléphone, fax, transmission de données etc.) aboutissent au début de cette année, c'est naturellement pour satisfaire aux "besoins" des consommateurs... Ce soudain intérêt pour les

préoccupations des populations ne peut manquer de paraître suspect lorsque l'on sait que la même organisation, lors de la Conférence ministérielle de Singapour en décembre, dernier s'était refusée à élaborer une clause sociale contraignante dans les relations commerciales.

En réalité l'ouverture des marchés profitera essentiellement aux grands opérateurs de télécommunications des pays industrialisés, Etats-Unis en tête.

Les Etats-Unis jubilent

Au soir du 15 février la représentante américaine pour le commerce se félicitait que pour les entreprises américaines l'accord de Genève signifie un accès à la quasi-totalité des principaux marchés de la planète. Indéniablement les Etats-Unis ont tout fait pour pénétrer sur des nouveaux territoires de chasse afin de compenser les pertes de revenus dans leur pays.

En effet, la concurrence sans pitié qui a cours de l'autre côté de l'Atlantique depuis le démantèlement du monopole d'ATT en 1982 devrait réduire peu à peu les marges bénéficiaires. Près du tiers des réseaux européens de téléphonie mobile sont contrôlés par des entreprises américaines, mais manifestement l'appétit des grands groupes est énorme et exige une déréglementation des autres secteurs des télécommunications encore placés sous un régime de service public et ce,

avec la complicité des Etats.

En Europe, la libéralisation engagée depuis 1987 par la Commission européenne sera effective le 1er janvier 1998. Elle s'accompagne parfois d'une privatisation qui passionne les spéculateurs, à l'instar de ce qui s'est passé fin 1996 avec l'entrée en Bourse de Deutsche Telekom.

La mort du service public

"Offrir un service de communications téléphoniques fiable et bon marché à tous, tel était l'argument qui justifiait le monopole des opérateurs nationaux, le plus souvent publics. Le même argument est aujourd'hui avancé pour accélérer le démantèlement et leur privatisation.

Jusqu'à présent, le monopole permettait aux opérateurs de puiser dans leurs activités rentables pour renflouer des services déficitaires jugés socialement utiles. Schématiquement, les appels longue distance financent les communications locales, l'abonné d'une grande ville contribue au raccordement d'un usager en zone rurale, le gros consommateur aide le petit, le trafic sur les grands axes équilibre celui des axes latéraux. Cette distorsion entre les tarifs facturés et les coûts permet d'effectuer une péréquation sociale et géographique entre les usagers.

Or, c'est justement l'inverse qui se passe aujourd'hui.

Des tarifs à la tête du client

Régulièrement les opérateurs (et l'Entreprise des P&T du Luxembourg n'y échappe pas) annoncent de nouvelles baisses des tarifs des

communications vers l'étranger qui profitent en premier lieu aux grandes entreprises. Et les petits consommateurs??

Certes, aux Etats-Unis, les communications locales sont gratuites. Mais cette gratuité masque la hausse de l'abonnement téléphonique et de la taxe de raccordement.

Selon l'Union Internationale des Télécommunications (UIT) il faudra encore trouver une règle de partage des coûts des investissements, définir les règles d'une concurrence loyale! et trouver un mode de financement du service universel.

Or, la question du financement du service universel est laissée aux soins des Etats, avec le risque qu'il soit financé par une augmentation des tarifs,.....ou par une diminution des coûts.

On dégraisse

Au premier semestre 1996, 42852 emplois ont été supprimés aux Etats-Unis. France-Télécom et Deutsche Telekom envisagent de se défaire de 50.000 emplois chacun avant l'an 2000. Voilà pour la création des nouveaux emplois générée par la libéralisation des télécommunications.

Enfin, de l'aveu de l'UIT, le marché mondial ne devrait compter à terme que trois ou quatre grands opérateurs!

Chassez le monopole et il reviendra au galop. Sauf qu'il ne viendra plus alimenter les caisses de l'Etat, mais assurera de confortables revenus à des actionnaires anonymes. Pour le plus grand bénéfice, on s'en doute, du citoyen-consommateur!?

Auslandsnachrichten



LIBERALISIERUNG DER POSTDIENSTE in DEUTSCHLAND

Am 18. Dezember 1996 hatten sich die europäischen Postminister mehrheitlich auf eine teilweise Liberalisierung der Postdienste und auf folgende Richtlinie geeinigt:

- normale Briefe mit den Gewichts- und Preisgrenzen von 350 Gramm und dem Fünffachen der Standardgebühr sind weiterhin den Postmonopolen vorbehalten;
- die gleiche Preis- und Gewichtsgrenze gilt bis auf weiteres auch für Massenbriefsendungen (Direct Mail) und alle Auslandsbriefsendungen;
- Ob ab dem Jahr 2003 weitere Liberalisierungsschritte vorgenommen werden soll der EU-Rat bis zum Jahr 2001 entscheiden.

Obwohl Deutschland massgeblich an der Ausarbeitung dieser Richtlinie beteiligt war (in enger Zusammenarbeit mit Frankreich) hat die deutsche Regierung kürzlich eine vorzeitige Liberalisierung beschlossen.

Demnach behält die Deutsche Post AG bis zum Ende des Jahres 2002 ein Monopol für die Beförderung von Briefen von **nur 100 Gramm**. Das derzeit noch geltende Monopol für alle anderen Sendungen läuft Ende 1997 aus.

Die Exklusiv-Lizenz für Briefe bis zu 100 Gramm hält die deutsche Regierung für notwendig um, wie es offiziell heisst, den Strukturwandel des Unternehmens zu meistern und die Post in gesundem Zustand bis zum Jahr 2000 an die Börse zu führen!

Deutsche Post AG





CHARTA des POSTSYNDIKATS



Die Herausforderungen vor die das gesamte P&T-Personal gestellt ist, erfordern grösste Solidarität sowie eine enge Zusammenarbeit aller repräsentativen Gewerkschaften.

Aus dieser Erkenntnis heraus haben die im Postsyndikat zusammengeschlossenen Personalvertretungen in einer Charta ihre Zusammenarbeit neu geregelt.

Wir beschränken uns darauf nur einzelne Bestimmungen hier zu veröffentlichen; den Mitgliedern des Postsyndikats wird aber, auf Wunsch, die gesamte Charta zugeschickt.

.....

2.- Buts du Syndicat

2.1. Le Syndicat des P&T a pour but et action:

- a) de promouvoir la solidarité et l'union de tous les agents des P&T;
- b) de défendre leurs intérêts professionnels, sociaux, moraux et matériels communs;
- c) de défendre le statut d'agent public du personnel des P&T;
- d) de collaborer à la solution de tous les problèmes d'ordre général de l'entreprise des P&T en particulier, et de la fonction publique en général;
- e) de maintenir et de consolider l'unité des secteurs postaux et de télécommunications dans une seule entreprise publique;
- f) de maintenir et de développer la mission de service publique des P&T;
- g) de coopérer sur le plan national et international avec des organisations de mêmes buts et orientations.

.....

4.- Champ d'activité

4.1 Par leur affiliation, les organisations professionnelles et les membres individuels donnent procuration au Syndicat de traiter en leur nom toutes les affaires d'ordre général et de prendre toutes les initiatives que, dans ce cadre, il juge nécessaire.

4.2. Le Syndicat est seul compétent pour représenter et défendre l'intérêt général de ses membres ou organisations professionnelles auprès de l'autorité supérieure ou auprès de toute autre instance.

4.5 Sous réserve des dispositions sub 3.6 ci-avant, les organisations affiliées gardent toute leur autonomie pour traiter les sujets qui relèvent exclusivement de leur carrière et qui ont ni influence, ni répercussions pour d'autres carrières.

.....

6.- Gestion du Syndicat

6.2. Chaque organisation affiliée délègue 1 représentant effectif et 2 représentants suppléants dans le comité.

6.5. Le comité ne peut délibérer valablement que si au moins un représentant de chaque organisation professionnelle affiliée est présent ou représenté moyennant une procuration établie par le/la président(e) ou son remplaçant de l'organisation professionnelle manquante.

6.6. Lorsque le quorum de présence précité n'est pas rempli, les décisions à prendre sont reportées à la prochaine réunion du comité. L'organisation professionnelle qui n'était pas présente ou représentée lors de la dernière réunion du comité en est informée par écrit. Par dérogation aux dispositions sub 6.5. ci-avant une nouvelle absence de la même organisation ne saurait retarder une prise de décision.

6.7. Les décisions du comité du Syndicat sont prises à la majorité des voix, à l'exception des décisions relevées sub 3.5 (affiliation), 5.4 (exclusion), et 8.1 (financement) de la présente Charte pour lesquelles l'unanimité est requise.

6.8 Chaque organisation professionnelle peut faire reporter toute prise de décision pour laquelle l'accord de son comité est requise. Une décision ne pourra toutefois être reportée de plus de quinze jours, à moins que le comité du Syndicat n'en décide autrement.

6.9. Chaque organisation professionnelle dispose d'un droit de vote d'une voix.

.....

7.- Fonctions au sein du Comité

7.2. Le comité peut engager un secrétaire rémunéré à la tâche ou lié au Syndicat par un contrat de travail privé. Les conditions de travail et de rémunération du secrétaire sont arrêtées par le comité. Les relations entre le comité et le secrétaire sont arrêtées par ordre interne.



Géckeg Knippchen

DIE UMFRAGE

Seit Jahren, seit Jahrzehnten warte ich! Ich warte darauf, dass mich jemand um meine Meinung fragt. Um meine ganz persönliche Meinung zu einem weltbewegenden Thema: zu der Beliebtheit der Fledermäuse zur Weihnachtsszeit,

Ja seit unerträglich langer Zeit warte ich darauf, dass es, oder vielmehr das Telefon, bei mir klingelt und eine nette dynamische, beruhigende sinnliche Stimme sagt: Institut ILRES, wir machen eine Umfrage.

Eine Umfrage! Ich werde umfragt, darauf wartete ich wie der Hund auf seinen ersten Floh.

Vor einigen Tagen hat das Telefon tatsächlich geklingelt, und nicht gepiepst oder gegurrt wie diese modernen Dinger. Nein, ich besitze ein klingelndes, altes, schwarzes Wandtelefon mit Metallgehäuse und mit einem spartanisch knappen Meter Kabel. Es hängt im Flur. Im Winter ist es im Flur sehr kalt, darum telefoniere ich sehr wenig. Da ich bei P&T arbeite, weiss ich aus Erfahrung, dass drahtlose Telefone oder Telefone mit einer langen Schnur zu übermässig langem Quatschen verleiten, im Bett, auf dem Sofa, unter der Dusche oder während man von einem Zimmer ins andere rennt. Die Monatsabrechnung für all diese Kunden, mit so einer langen Leitung, ist bekanntlich dementsprechend hoch.

Es sind aber nicht nur ökonomische Ueberlegungen die mich bewegen weniger zu telefonieren (bei P&T telefonieren nur die "Dicken" gebührenfrei), sondern auch soziale Gründe: weil es der Telekom finanziell sehr gut-, dem Postverkehr jedoch sehr schlechtgeht, schreibe ich häufiger.

Das Telefon klingelte also, gerade als ich auf dem Sofa lag und aus der letzten Nummer des Postfax diese ulkigen Amtsschimmel herausschnippelte, um sie auf meine Steuererklärung aufzukleben. Die (vom Steueramt) werden sich freuen!

Also es klingelt, ich flitze in den Flur, hebe ab (den Hörer), und tatsächlich, am Ende der Leitung meldet sich ein Sopran der Firma ILReS und vereinbart mit mir einen Termin um mich zu "umfragen".

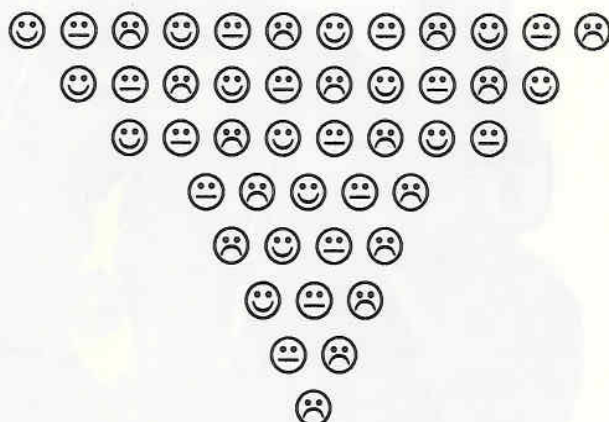
Zum Termin erscheint aber nicht eine zierliche weibliche Person, sondern ein brummig-bodenstämmiger "Umfrager" der mir einen Fragebogen über das P&T-Unternehmen unterbreitet.

Sie haben es sicher bereits erraten! Ja, genau die Fragen die die Postgewerkschaften in Rage brachten, Sie wissen schon "*soll die Post weiter privatisiert werden, soll der Beamtenstatut abgeschafft werden, usw.*" , die hat die Firma ILReS ausgerechnet mir vorgelegt.

Schnell habe ich den Postfax unter dem Sofa versteckt, mich von der besten Seite gezeigt, gute Miene zum bösen Spiel und vor allem dem Umfrager soviel Kaffee gemacht bis der mal musste.

Blitzschnell und geistesgegenwärtig habe ich seine Abwesenheit ausgenutzt, die Fragen auf einen Fetzen Papier aufgekritzelt und sie nachher der Gewerkschaft zugespielt....nachdem ich heimlich einen Schämmel auf den Rücken des Fragebogens aufgeklebt hatte.

e klengen Dreck Jacques



Postfax



Comité de Rédaction: *Raymond Hencks,
Jean-Marie Heyder*
Photographies: *Michel Kirsch,
Charles Lentz*
Caricatures: *Raymond Hencks*
Imprimerie: *Print Service*
Tirage: *1.500 exemplaires*

des Conversions
~~Service du Personnel~~

Recrutement

